

NGO Dialog 2016

Diskriminierung & Hass im Netz

Übergriffe und Hassbotschaften im Internet haben in den vergangenen Jahren massiv zugenommen. Mit der zunehmenden Digitalisierung des Lebens ändern sich auch die Formen der Diskriminierung. Es finden immer mehr Übergriffe in der digitalen Welt statt. Besonders Frauen sind von sexualisierter Gewalt im Internet betroffen.

Aufgrund der Aktualität und Brisanz des Themas und der massiven Zunahme in den vergangenen Jahren wurde das Thema beim heurigen Dialog mit Nichtregierungsorganisationen diskutiert.

In einer digitalisierten Welt verändern sich auch die Formen der Diskriminierung. Übergriffe und Hassbotschaften im Internet haben massiv zugenommen. Frauen sind davon besonders betroffen.



Eröffnet wurde der NGO Dialog von Sektionschefin **Ines Stilling** in Vertretung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen **Sabine Oberhauser**.

Impulsreferate hielten **Ingrid Brodnig** und **Bianca Schönberger**.

Es folgte eine Diskussion mit den anwesenden VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen moderiert von **Ines Stilling**.

Ingrid Brodnig, Medienredakteurin des Nachrichtenmagazin Profil und Autorin des Buches „Hass im Netz - Was wir gegen Hetze, Mobbing und Lügen tun können“ berichtete zur Hasskultur im Internet.

Bianca Schönberger, Geschäftsführerin von ZARA Training gemeinnützige GmbH und Mitglied im Nationalen Komitee no-hate-speech der Kampagne des Europarats, berichtet von Medienkompetenz Trainings und Maßnahmen um aktuellen Tendenzen gegen zu steuern.

Ingrid Brodnig

Trolle & Glaubenskrieger

Ingrid Brodnig beginnt ihren Vortrag mit dem Vorlesen eines grauenhaften Emails, das eine österreichische Feministin von einem anonymen User zugesandt bekommen hat. In dem Email wird detailliert beschrieben wie die angeschriebene Frau grausam sexuell misshandelt und vergewaltigt wird. Sie liest nur die ersten Worte eines sehr langen, sehr grausamen und sehr grauenhaften Emails vor, um den Zuhörerinnen und Zuhörern zu veranschaulichen, wie brutal und grausam die Vorfälle sind von denen hier die Rede ist. Sie entschuldigt sich für den grässlichen Einstieg, aber rechtfertigt ihn damit, dass er die Hässlichkeit des Umgangs im Internet, speziell mit Frauen zeigt. Die Betroffene ist eine ganz normale Bürgerin, keine Prominente, einfach eine Frau die zu feministischen Themen bloggt. Diese Frau erntete dafür wüste Beschimpfung, Bedrohungen und sexualisierte Gewaltandrohung.

Ingrid Brodnig's Einschätzung ist, dass besonders Frauen angegriffen werden, insbesondere Frauen die es wagen sich im Internet feministisch zu äußern oder empathisch zu Flüchtlingsthemen Stellung beziehen. Dann muss eine Frau leider mit solchen Nachrichten rechnen.

Die Auswirkungen von solchen Gewaltdrohungen sind massiv. Und was damit versucht wird: Frauen zu zeigen was ihr rechter Platz ist – nämlich nicht in der Öffentlichkeit.

Die Auswirkungen von solchen Gewaltdrohungen sind massiv. Keine Frau ist so „tough“, dass es einfach an ihr vorbei geht. Sie fragt sich: Wer ist das? Ist der ernst zu nehmen? Steht der irgendwann wirklich vor meiner Tür? Jedenfalls ist es unbehaglich, dass ein fremder Mann der eindeutige Probleme hat, so viel Zeit damit verbringt sexualisierte Gewaltszenen durchzuspielen.

Und was damit versucht wird: Frauen zu zeigen was ihr rechter Platz ist – nämlich nicht in der Öffentlichkeit. Solange eine Frau sich nicht öffentlich zu Wort meldet, muss sie nicht fürchten, dass sie so etwas bekommt.

Nach einer Studie der Friedrich Ebert Stiftung gibt es ein verbindendes Element aller menschenverachtenden Haltungen wie Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, etc.: sie sind alle Anti-feministisch. Der Antifeminismus ist die Gemeinsamkeit der politischen Rechten.



Online werden menschenfeindliche Haltungen stärker sichtbar, aber das Problem besteht in der offline Welt. Im Netz kann das ausgelebt werden, leider oft ohne Konsequenzen. Personen mit extremen und menschenfeindlichen Tendenzen können sich im Internet leicht organisieren und radikalieren. Im Internet ist es möglich sich in ein Thema richtig hinein zu steigern. Wenn etwa jemand beginnt antifeministische Gruppen und Seiten auf Facebook zu folgen, bekommt er immer mehr von dem was seine

Ängste, Hass und Wut füttert. Genauso wie man nach Katzenvideos süchtig werden kann, kann man nach Hasseiten süchtig werden und sich so radikalieren.

Es gibt zwei Gruppen von Menschen die im Internet besonders gewalttätig sind: Trolle und Glaubenskrieger. Trolle sind Provokateure, sie sind manipulativ und wollen negative Reaktionen hervorrufen. Nach einer kanadischen Studie „Trolls just want to have fun“ haben Internettrolle starke sadistische Tendenzen und sind überdurchschnittlich Männer.

Glaubenskrieger sind tief in ihrem Glaubensbild verhaftet und glauben an eine große Bedrohung. Beispielsweise glauben Antifeministische Glaubenskrieger, dass Männer bereits das unterjochte Geschlecht sind und dass Frauen das Sagen hätten. Und weil sie glauben, dass sie wirklich bedroht sind, wird es auf einmal okay so hart zu sein, denn sie wehren sich halt. Oder sie glauben dass Migranten die Eigengruppe bedrohen. Sie glauben an einen Ressourcenkampf zwischen der Eigengruppe und der Fremdgruppe.

Was tun? Das wichtigste ist, dass die Vorfälle zur Anzeige gebracht werden.

Was tun? Das wichtigste ist, dass die Vorfälle zur Anzeige gebracht werden. Je mehr gemeldete Vorfälle umso ernster muss es die Exekutive nehmen. Wir brauchen die Anzeigen auch um die Dimension des Problems statistisch erfassen und begreifen zu können!

Es besteht sehr wohl die Chance, dass es zur Verurteilung kommt. Die Grünen haben Verfahren in Fällen von übler Nachrede und Verleumdung geführt und gewonnen.

Wir müssen auch im Internet Räume schaffen, wo ein respektvoller Dialog miteinander möglich ist. Wir müssen dagegen halten. Hass mit Hass zu begegnen ist nicht zielführend. Manchmal wirkt aber Humor.

Bianca Schönberger

Post-truth politics: Postfaktische Politik & Medienkompetenz

Bianca Schönberger spricht über die Herausforderungen für Trainings und Fortbildungen zum Thema No Hate Speech sowie die Schritte, die BürgerInnen und PolitikerInnen gegen Hass im Netz setzen können.

Das Oxford English Dictionary kürte im November post-truth ("postfaktisch") zum internationalen Wort des Jahres; ein Wort, das derzeit besonders im politischen Kontext benutzt wird. Schönberger beschreibt, wie in der post-faktischen Politik die Wahrheit einer Aussage hinter den Effekt der Aussage auf die eigene Klientel zurücktritt. Als Beispiel zitiert sie Georg Pazderski, Landesvorsitzenden der AfD-Berlin, der 2016 auf die Frage, warum seine Partei nie erwähne, dass 98 Prozent der Migranten in Deutschland friedlich lebten, geantwortet hatte: „Es geht nicht nur um die reine Statistik, sondern es geht da drum, wie das der Bürger empfindet. Das heißt also: das, was man fühlt, ist auch Realität.“



Diese Post-Truth Politik, die auch viel mit Bildern und Verschwörungstheorien arbeitet, hat für die reale Welt Auswirkungen: auf Brexit, auf das Wahlergebnis in den USA, aber auch auf unser Zusammenleben in Österreich. Dabei spielen die Sozialen Medien, insbesondere die großen Plattformen eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung der post-truths, der Nichtfakten, der Lügen. So ergibt die postfaktische Politik in Verbindung mit den Sozialen Medien einen "perfect storm" für Hassbotschaften

und Fehlinformationen im Netz. Falschmeldungen wie jene, dass Flüchtlinge Ebola oder Lepra nach Österreich "einschleppen" und Einheimische anstecken würden, rühren an den Ängsten der BürgerInnen und wecken bzw. verstärken eine Ablehnung gegenüber bestimmten Gruppen von Menschen. Diese Ablehnung kann im schlimmsten Falle in Gewalt münden. Hinzu kommt aber auch der langfristig negative Einfluss eines polarisierten und rassistischen Diskurses auf unser Zusammenleben. So manipulieren Hetze und bewusst lancierte Falschinformationen in der Flüchtlingsdebatte, teilt die Gesellschaft und halten sie somit von einer faktenbasierten Einschätzung der Lage und möglicher Hilfsbereitschaft ab. Hass im Netz kann demnach den sozialen Frieden gefährden.

Hass im Netz kann den sozialen Frieden gefährden.

Schönberger spricht im Folgenden über die Präventionsarbeit von ZARA Training. Dabei liegt der Schwerpunkt auf zwei Themen: Da ist zum einen die Sensibilisierung: Die Relevanz der Auseinandersetzung mit der Thematik Cyber Hate liege, so Schönberger, nicht zuletzt darin, Jugendlichen und Erwachsenen durch Sensibilisierung deutlich zu machen, dass rassistische Inhalte, Beleidigungen und Verhetzung im Internet schwerwiegende Konsequenzen für das Leben betroffener Personen bzw. Gruppen haben können und zudem strafrechtliche Konsequenzen drohen. Zum anderen setzt ZARA Training auf Kompetenzerwerb: Es ist notwendig, Angebote zu schaffen und zur Verfügung zu stellen, bei denen UserInnen wichtige Handlungskompetenzen gegen Hass im Netz erwerben können – wie etwa mit dem „Zivilcourage on- und offline“-Workshop von ZARA Training. Nur so kann die Solidarität mit den Opfern und der Wunsch nach einer anderen Art des Diskurses auch nachhaltig hör- und sichtbar gemacht werden. Medienerziehung für Kinder und Jugendliche spielt in diesem Zusammenhang auch eine große Rolle. Wenn sie das Internet durchstreifen, stoßen sie schnell auf Hass und Häme – daher ist wichtig, dass sie früh lernen, diese Inhalte reflektiert einzuordnen und damit umzugehen.

Was tun? Sensibilisierung, Medienkompetenz, Solidaritätsbekenntnis gegen Hass im Netz, und melden von Hasspostings

UserInnen rät Schönberger zu Solidarität. Etwa, indem den Hasspostings und Gewaltandrohungen Solidaritätsbekundungen für die Opfer entgegengesetzt werden. Damit wird gezeigt, dass HassposterInnen keineswegs repräsentativ für die Bevölkerung sind und dass es eine (oft schweigende) Mehrheit gibt, die Hass im Netz nicht unwidersprochen stehen lassen möchte. Solidarität kann man auch zeigen, indem man all jenen, die in den Sozialen Medien aktiv sind und zu einem konstruktiven, höflichen Dialog aufrufen, mit Likes und Shares den Rücken stärkt und diese Unterstützung für alle sichtbar macht.

Ein weiterer zentraler Punkt ist das Melden von Hasspostings an die BetreiberInnen der Dienste. Für strafbare Inhalte gibt es Meldestellen bei den Behörden. Melden kann man bedenkliche Inhalte auch der ZARA-Beratungsstelle für Opfer und ZeugInnen von Rassismus, die nicht nur eine Ersteinschätzung zu den Inhalten abgibt, sondern auch zu möglichen weiteren Schritten berät und die Postings dokumentiert. Die PolitikerInnen ruft Schönberger zu einem „leading by example“ auf, d.h. zu einem deutlichen Solidaritätsbekenntnis gegen Hass im Netz auf.

Weiters verweist sie auf die Notwendigkeit, verständlichere Gesetze/Gesetzestexte zu formulieren sowie Schulungen der Exekutive von JustizmitarbeiterInnen durchzuführen. Bisher gibt es wenige Anzeigen und wenige Verurteilungen. Dass ein Posting, das eindeutig gegen das Strafrecht verstößt, erst nach einer dreijährigen Prozessdauer gelöscht wird, ist nahezu skandalös und wahrscheinlich auch wirkungslos. Zudem sind solche Beispiele demotivierend für all jene, die Hassbotschaften melden oder anzeigen.

Darüber hinaus betont sie die Notwendigkeit der Sicherstellung und Stärkung von ausgewiesenen Beratungs- und Meldeeinrichtungen und einer Weiterentwicklung und Unterstützung von landesweiten, zielgruppenspezifischen Sensibilisierungs- und Bildungsangeboten zum Thema „Hass im Netz“.

Auch auf die Etablierung von Monitoring- und Analysemechanismen, um fundiertes Wissen über die VerbreiterInnen von Hass- und Hetzbotschaften sowie deren Inhalte und Ziele zu erhalten wird verwiesen. Schönberger stellt zuletzt die Initiative CounterACT – Aktiv gegen Hass und Hetze im Netz, des Vereins ZARA vor, mit der ein wichtiges Instrument geschaffen wird, das online Courage möglich macht. Auf einer Webplattform sowie ergänzend in einer Broschüre erhalten Internet UserInnen die nötigen Informationen über Rechtslage, Meldemöglichkeiten und Argumentationsweisen, um Hass- und Hetzbotschaften selbst im Netz effektiv entgegenwirken zu können. Zur erfolgreichen Umsetzung, Etablierung und dauerhaften Nutzung dieses Instruments –

so Schönberger - sei jedoch politischer Wille, ein Schulterschluss und die Kooperationsbereitschaft verschiedenster AkteurInnen zur Förderung digitaler Courage ebenso notwendig wie die Rückkehr zu einer faktenbasierten, demokratischen Dialogkultur.

